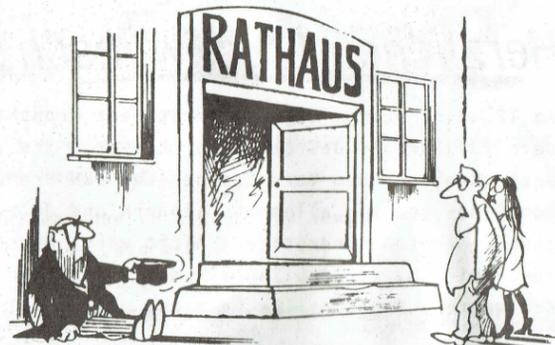


Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger,



„Ist das nicht unser Bürgermeister?“

Am 20. April 1982 hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen auf Vorschlag der SPD-Fraktion folgende Bürger in die Ausschüsse der Vertretung gewählt:

am 7. März 1982 haben Sie für die bis 1986 dauernde Amtszeit folgende Listenvertreter der SPD in die Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen gewählt:

1. **L u b i n s k i, Cord Peter** Sozialversicherungs-fachangestellter  
Elsa-Brandström-Straße 12, Tel. 54 27 58
2. **R e y h e r, Dieter** Bundesbeamter  
Henri-Dunant-Allee 22, Tel. 54 26 00
3. **P a u l i n a - M ü r l, Lianne-Maren** VHS-Dozentin, Dipl.-Volkswirtin  
Henri-Dunant-Allee 25, Tel. 54 12 16
4. **S i e b m a n n, Hans** kfm. Angestellter  
Dorfstraße 19, Tel. 58 10 93
5. **S a k m i r d a, Theodor** Normentechniker  
Eichkoppelweg 32, Tel. 54 25 26
6. **W a s c h k o, Siegfried** Verwaltungsstellenleiter  
Suchsdorfer Weg 31, Tel. 58 14 09
7. **W e s k a m p, Erika** Hausfrau  
Siedlerkamp 1, Tel. 54 29 28
8. **M e y e r - D e l i u s, Annemarie** Hausfrau  
Albert-Schweitzer-Straße 19, Tel. 54 18 11

1. **D e e r t z, Max**, Friedenskamp 67, Tel. 58 85 36
2. **G r ü n b e r g, Jürgen**, Schreiberweg 4, Tel. 5 44 33
3. **J a r c k, Wolfgang**, v.-Stephan-Str. 2, Tel. 58 14 91
4. **K l e e m a n n, Helmut**, Hofbrook 15, Tel. 58 10 00
5. **L a u s m a n n, Achim**, Albert-Schweitzer-Str. 1, Tel. 54 19 77
6. **M e y e r, Rudolf**, Henri-Dunant-Allee 6, Tel. 5 44 30
7. **R o s c h e r, Waltraud**, Meddagskamp 1 e, Tel. 58 95 64
8. **S i e b m a n n, Jens**, Dorfstraße 19, Tel. 58 21 54



So könnte eine Sitzung der Gemeindevertretung aussehen. Wie es wirklich ist, könnten Sie bei einem Besuch der immer öffentlichen Sitzungen selbst erleben.

**IMPRESSUM:**

kontakte -  
Sozialdemokratische Bürgerzeitung  
für Kronshagen

Herausgeber:  
Arbeitskreis Zeitung im Ortsverein  
Kronshagen der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Kontaktadresse:  
Dieter Reyher, Henry-Dunant-Allee 22  
2300 Kronshagen, Telefon 54 26 00

Druck:  
Martin R Schnelldruck, Kiel

Auflage: 6.000

Fotos: Reyher, Siebmann, Gregan



Zur 1. Stellvertreterin der Bürgervorsteherin wurde Lianne-Maren Paulina - Mürl gewählt.

Zum 2. Stellvertreter des Bürgermeisters wurde Hans Siebmann gewählt.

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen ist Cord Peter Lubinski, sein Stellvertreter ist Dieter Reyher.

# Kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

**KRONSHAGEN  
aktuell** II-82

Liebe Leser,

wenn der Bebauungsplan Nr. 30 durchgeführt ist, wird gleichzeitig ein Stück Alt-Kronshagen oder richtiger gesagt Alt-Kopperpahl verschwunden sein, so auch ein beliebtes Lokal, mit dem sich für viele persönliche Erinnerungen an fröhliche Feste verbinden.

Nachdem die Fußgänger und die Alleebäume den Autos gewichen sind und die Eckernförder Straße durch grelle Laternen erleuchtet wurde, hatte Waidmannsruh seine Ursprungsfunktion als Ausflugslokal eingebüßt.

Bleibt nur zu hoffen, daß für jene, für die Waidmannsruh auch heute noch ein beliebter Treffpunkt ist, eine neue Bleibe gefunden wird.

Ein Bebauungsplan ist immer ein Kompromiß zwischen den Interessen der Eigentümer an Grund und Boden, den Vorstellungen der politischen Gremien und nicht zuletzt den Interessen der betroffenen Personen. Im Erschließungsvertrag zwischen Gemeinde und Bauträger werden die Forderungen der Beteiligten festgelegt. Ein Punkt dieses Vertrages lautet "soziale Maßnahmen". Hier geht es um die Mieter in den zum Abbruch bestimmten Gebäuden. Sie haben den geringsten Einfluß auf die Planung in ihrem bisherigen Wohngebiet.



Waidmannsruh - bald nur noch Erinnerung?

*"Kontakte"  
wünscht schöne  
Ferien!*

Wie verlautet, sind für alle Mieter in Kronshagen neue Wohnmöglichkeiten vorgesehen. Die "soziale Entmischung" oder -härter ausgedrückt - die Vertreibung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohnort findet zum Glück nicht statt.

Es ändert nichts an der Tatsache, daß in unserer Gemeinde künftig 12 Mietwohnungen weniger zur Verfügung stehen.



Aus der ersten Sitzung des neuen Kreisausschusses im Sitzungssaal des Kreishauses die Kreisausschußmitglieder der S P D. (in die Kamera blickend von rechts nach links: Lubinski, Frau Wendel, Ellefsen)

## KREISTAG

Die Kronshagener Bürger entsandten in den neuen Kreistag zwei SPD-Abgeordnete für Kronshagen. Es sind dies die Abgeordneten Cord P. Lubinski und Christoph Stadelbauer. Seine Arbeit in den Ausschüssen für Umwelt und Fremdenverkehr wird Stadelbauer fortführen, daneben das Amt als stellv. Kreispräsident ausüben. In der Ausübung des Amtes des Kreispräsidenten wird ihm seine langjährige Tätigkeit als Kreistagsabgeordneter von Nutzen sein.

Cord P. Lubinski ist in der neuen Wahlperiode als Kreisrat Mitglied des Kreisausschusses - der "Regierung" unseres Landkreises. Soweit von der Redaktion ermittelbar ist dies die erste Berufung eines Kronshagener in den Kreisausschuß des Landkreises.

Die Kronshagener SPD-Vertreter werden im Kreistag sich vordringlich für eine verstärkte Förderungs- und Investitionspolitik des Kreises einsetzen, um damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kreisgebiet zu leisten. Gleichzeitig setzen sie sich zusammen mit ihrer Fraktion für die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden, (vor allem im finanziellen Bereich) die Förderung der Jugendarbeit, den Umweltschutz einschließlich der Müll- und Klärschlammbe-seitigung ein.

Unsere Abgeordneten haben sich vorgenommen, die Kontakte zu den Kommunalpolitikern in den Städten, Gemeinden und Dörfern zu verstärken.

Zum Artikel **Eine windige Sache** aus 1/82

hat mit Betroffenen eine Aussprache stattgefunden. Dabei konnten Mißverständnisse und ein in dem Artikel enthaltener sachlicher Fehler der Redaktion aufgeklärt werden.

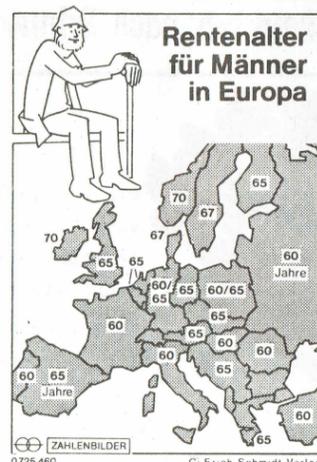
(die Red.)

## Ausländer nicht öfter kriminell

Der häufigen Unterstellung, ausländische Jugendliche seien mehr als ihre deutschen Altersgenossen in kriminelle Handlungen verwickelt, ist die Duisburger Jugendgerichtshilfe zumindest für den Bereich der Stadt Duisburg entgegengetreten. 1981 seien in dieser Stadt mit ihrem hohem Ausländeranteil (13 Prozent) 5557 Anklagen gegen junge Leute zwischen 14 und 21 Jahren erhoben worden. Davon hätten 668 Anklagen Ausländer betroffen. Von der Gesamtzahl der in Duisburg lebenden ausländischen Jugendlichen seien 7,4 Prozent mit dem Gesetz in Konflikt geraten, die Vergleichszahl bei den deutschen Jugendlichen betrage 8,6 Prozent.

## Lösung mit Hilfe der Landkreise

Der ländliche Raum (und der beginnt bei uns schon in Ottendorf oder Alt-Wittenbek, d. h. im Schuls-einzugsbereich für unsere weiterführenden Schulen) sei bei der Verkehrserschließung gegenüber Ballungs-gebieten benachteiligt, stellte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Dietrich Sperling, fest. Eine Verbesserung der Verkehrs-verhältnisse auf dem Lande sei aus Gründen der Chan-cengleichheit erforderlich, aber auch, um einen zu-sätzlichen Siedlungs- und Problemdruck auf die Bal-lungsräume zu vermeiden. Der Einsatz von Sachver-stand und Intelligenz könne diesem Ziel allerdings dienlicher sein als hohe Sachinvestitionen. Dies be-weise das Nahverkehrsmodell Hohenlohe. Eine koor-dinierte Verkehrsbedienung durch die verschiedenen Träger, Umsteige-Knotenpunkte und Taktverkehr in der Fläche würden relativ hohe Effekte ohne großen finanziellen Aufwand bringen. An der Lösung dieser Aufgabe müßten sich vor allem die Landkreise betei-ligen. - Recht hat der Staatssekretär! Wenn da dann nicht immer wieder der Konkurrenzkampf der einzel-nen Linien wäre. Beispiel Kronshagen: Die KVAG be-steht auf dem Beförderungsmonopol in Kronshagen. Folge: Die Autokraft muß die Schülerbeförderung aus den Umlandgemeinden in Höhe Waidmannsruh enden lassen - im Einzugsbereich einer gefährlichen Kreuzung - und darf die Schüler nicht zur Realschule und Gymnasium bringen. Dies löst Unverständnis bei Eltern und Schülern aus. Wir hoffen, daß dies kleine Pro-blem gelöst wird, dann können wir uns auch den durch die große Politik aufgezeigten Dingen widmen.



Ein ganzes Leben lang zu arbeiten, ist in den europäischen Staaten in der Regel nicht mehr üblich. Das Rentenalter für Männer liegt zu meist bei 60 oder 65 Jahren, für Frauen darunter. In der Bundesrepublik hat der Ver-sicherte eine gewisse Wahl-möglichkeit für den Zeitpunkt seines Überganges in das Rentnerdasein.

aus

"Demokratische Gemeinde"

## ASF in der Räucherei!

Für Mütter und Kinder hieß es auf Einladung der ASF am 11. Mai: "Treffpunkt Ostufer". Wir waren zu Gast im  der Arbeiterwohlfahrt.

Bei Kaffee und Kuchen lernten wir zunächst die hel-len Räume der Altentagesstätte kennen, während "unse-re" Kinder auf dem herrlichen Spielplatz waren.

Von den vielen Aktivitäten im Bürger- und Jugend-zentrum berichtete uns dann Ulrich Jordan, Leiter der "Räucherei". Wir blätterten im Programmheft für Mai: Kinderprogramm, Jugendprogramm, auch am Wochenende ist immer etwas los.

Ob es Probleme mit Ausländerkindern gäbe, fragten wir. Nein, sie seien unter den Kindern und Jugend-lichen voll akzeptiert, sind mit in der Fußball-mannschaft, kommen zum Basteln und Spielen. Nur die größeren türkischen Mädchen sind noch nicht dabei.

Nach dem Gespräch ein Rundgang durch die Räu- cherei: In den Räumen der Altentagesstätte treffen sich vormittags Mutter-Kind-Gruppen. Von der ganz besonderen Atmosphäre des Großraumes waren wir sehr beeindruckt. Eine Wand besteht noch aus den alten "Räucheröfen" - manchmal wird darin ge-grillt. Rundherum ist eine Galerie, dort ist auch die Teestube. Eine Mädchengruppe trifft sich da regelmäßig. In dem Großraum sind auch die vielen Konzerte, die sich durch den Eintritt finanziell selbst tragen, manchmal sogar etwas für die Räucherei abwerfen.

Wieder geht der Rundgang in das obere Stockwerk: Töpferstube - Frauengruppen treffen sich hier zum Basteln in eigener Initiative, aber auch Kurse werden abgehalten. Im Konferenzraum steht ein gro-ber Wehrturm, hier findet auch die Schularbeiten-hilfe statt. Der Filmraum wird von den Volkstanz-gruppen mitgenutzt. Wie überhaupt alle Räume offen sind für Gaardener Vereine und Organisatio-nen. Im Keller ist die Tischlerei. Reperaturar-beiten werden da selbst ausgeführt, aber auch Kurse im Tischlern und Drechseln angeboten.

Die Arbeiterwohlfahrt plant, auf dem Gelände der Räucherei eine Kindertagesstätte zu bauen, un-abhängig von der Leitung der Räucherei, aber eini-ge zusätzliche Räume für die Jugendarbeit würden dadurch entstehen.

Zwei kleine Mädchen waren die einzig Enttäu-schten an diesem Nachmittag: Das Basteln war we-gen des guten Wetters ausgefallen.

A. Meyer-Delius



**Kopperpahler Allee**



**Gesundgeschrumpft?**



**Es wird schon wieder werden**



## Bericht aus Bonn von Heide Simonis

Mitglied des Bundestages



Das letzte Ergebnis des Vermittlungsausschusses hat der Bonner sozial-liberalen Koalition eine Menge politischen Ärger und Arbeit auf den Tisch gelegt; die Kabinettsumbildung sorgt für politische Unruhe, und die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme müssen gelöst werden, damit die Arbeitslosigkeit mit ihren zerstörerischen Wirkungen auf die Menschen, auf ihr Selbstwertgefühl wirkungsvoll bekämpft werden kann.

Dabei kommt es einmal darauf an, alle wichtigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu maßvollem, aber gezieltem Handeln zu bewegen, andererseits aber auch Mittel und Wege zu finden, die finanziellen Lasten für diese Aufgaben nicht nur bestimmten Schichten aufzubürden. Die deutschen Arbeitnehmer und ihre Vertreter haben mit bemerkenswerter Disziplin ihren Teil zu einem neuen Sozialpakt beigetragen, indem sie Einschnitte in Leistungsgesetze und geringe Tarifabschlüsse als notwendiges Übel für die Schaffung von Arbeitsplätzen anerkannt haben.

Jetzt sind die Unternehmer verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten. Was kann oder könnte Bonn tun? Der Münchener Parteitag hat mit seinen Beschlüssen zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Wege gewiesen. Nicht mehr Konjunkturpolitik nach altem Strickmuster, sondern gezielte staatliche Hilfen in Bereichen, in denen folgende Ziele erreicht werden können: Erhaltung von Arbeitsplätzen, Einsparen von Energie, Stimulieren der Wirtschaftstätigkeit. Die Kombination von Investitionszulagen sowie solche Programme wie Gewässerreinigung, Luftreinigung, sozialer Wohnungsbau u.a. könnte diese Ziele ermöglichen. Die Geschwindigkeit, mit der die F.D.P. ohne Diskussion dieses Bündel von Maßnahmen rundweg abgelehnt hat, ist verblüffend. Aber auch die F.D.P. wird sich fragen lassen müssen, was sie zu tun gedenkt, um 2 Millionen Arbeitslosen wieder einen Arbeitsplatz zu besorgen.

Mit Sicherheit dürfen nicht mehr diejenigen vor allem zur Finanzierung herangezogen werden, die durch Kürzungen des Kindergeldes, von BAFöG, Wohngeld und Zusatztaschengeld für Heimbewohner reale Einbußen in ihren Einkommen erleiden müssen, die eigentlich nicht nur für Sozialdemokraten untolerierbar sind. Die CDU-CSU-Opposition muß bedenken, daß bei ihren Versuchen durch Einschnitte in soziale Gesetze mit Hilfe ihrer Mehrheit im Bundesrat vor allem die Schichten getroffen werden, für die zu sorgen das Grundgesetz an alle Politiker verpflichtet. Die soziale Marktwirtschaft ist kein Freibrief für die Ausbeutung unterer Einkommenschichten.

Heide Simonis, MdB



"B:daure, meine Herren, die Leiche ist immer noch ziemlich munter!" (Haitzinger/tz München)

## Am Rande ...

"Solidarität mit Ausländern" hört sich zunächst nicht schlecht an. Aber ist es möglich, Solidarität mit Menschen zu empfinden, die wir vorher durch die Bezeichnung "Ausländer" und die damit verbundenen Assoziationen nach draußen verwiesen haben? Mit unseren Bezeichnungen tun wir uns ohnehin schwer, und sie sprechen für sich. Gastarbeiter, ausländische Arbeitnehmer (es kamen auch Frauen und Kinder), Ausländer - eine Beförderung? Das Klassenziel wäre "Mitbürger", aber das ist noch lange nicht erreicht.

Wie wird man Mitbürger? Durch Erlernen der deutschen Sprache? Dabei brauchen sie unsere Hilfe. Durch Nichtausüben der Religion? Unser Grundgesetz sichert wohl auch ihnen Religionsfreiheit zu. Unsere dänischen Nachbarn gaben ihren türkischen oder griechischen Nachbarn das Kommunalwahlrecht, wohl auch u.a. deshalb, um das Gefühl für die Mitverantwortung für die Gemeinwesen zu stärken. Zugegeben, das Problem ist - entsprechend der geringeren Zahl - in diesen Ländern nicht so groß. Umso größer ist dort traditionell die Toleranz. Das wäre ein Anfang, um das Zugehörigkeitsgefühl der "Ausländer", die hierbleiben, zu verbessern.

Die SPD in Kiel und Schleswig-Holstein hat viele weitere Vorschläge für Bildung, Berufsbildung und die Verhinderung von Ghettos gemacht. Noch



"Was hat Ihnen denn Strauß versprochen, falls er an die Regierung kommt?"

Semra Ertan, Türkin: "Mein Name ist Ausländer" Zitat aus einem Interview, das Semra Ertan am Tage vor ihrer Selbstverbrennung einer Journalistin des NDR gab:-

"Die Schuld liegt nicht bei den Deutschen, nicht bei den Türken. Die Türkei braucht Devisen, Deutschland die Arbeitskräfte. Mein Land hat uns ins Ausland verkauft. Stiefkinder dort, Stiefkinder hier; unbrauchbar. Aber dennoch brauchen sie Devisen und Ruhe von Unzufriedenen. Mein Land hat mich nach Deutschland verkauft. Meine Name ist Ausländer."

sind sie "aus" oder leben bestenfalls am "Rand" unserer Gesellschaft.

Aber dort leben sie nicht allein. "Randgruppen" - das ist eine weitere deutliche Bezeichnung, die in unseren Sprachgebrauch eingeflossen ist. Mir ist nicht klar, wer jeweils dazuzählt, und die leise Angst ist da, ob man als Frau, Alleinstehender, Älterer, Arbeitsloser, Jugendlicher, Behinderter, Umweltschützer, Arbeiter vielleicht schon zugerechnet wird. In einer Nachbargemeinde wurden von einem größeren Verband Gemeinschaftsräume der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Ein Siedlerverein und Jugendgruppen machten von dem Angebot Gebrauch, worauf sich der Eigentümer beschwerte, man habe sich das nicht so gedacht, daß die Räume von "Randgruppen" genutzt würden!

An den "Rändern" muß schon ein ziemliches Gedrängel herrschen, und vielleicht gibt es da schon bevorzugte Plätze. Nicht so bevorzugte Plätze sind wohl die gleich bei der Tür, wo die "Ausländer", die "Asylanten" sitzen.

Nicht "aus..", sondern "in" muß man sein, was das auch immer ist. Das kann sich auf Trends im Sprachgebrauch, in der Kleidung, im Freizeitverhalten, im Umgang beziehen. Schon Schulkinder haben ein untrügliches Gefühl dafür. Sind "Ausländerwitze" auf Schulhöfen wirklich schon "in"? Oder können Lehrer, Eltern, Kinder, die gerade "in" sind, dafür sorgen, daß Solidarität wieder "in" ist - mit Menschen?

M. Sakmirda

## Tägliche Strandfahrten



nach Falckenstein für Schulkinder von 6 - 13 Jahren in der 2. Hälfte der Sommerferien - vom 12. bis 24. Juli.  
8.30 Uhr Abfahrt, ca. 17.30 Uhr Rückkehr  
2 - 6 Tage - montags bis sonnabends + 1 Übernachtung + Verpflegung, Unterbringung in festen Häusern  
Spielen, Baden, Wandern, Basteln  
Kosten f.1 Woche 20,- DM  
Anmeldung bei Siebmann, Dorfstr. 19, Tel. 58 10 93, oder bei Weskamp, Siedlerkamp 1, Tel. 54 29 28



## Gift im Haushalt! —

### Wohin mit den Knopfbatterien?

Über Umweltprobleme spricht jeder - doch oft meint er diejenigen Probleme, die durch andere entstanden sind. Dabei wächst die Erkenntnis, daß wir alle Verursacher sind: mit ca. 330 kg Müll ist jeder von uns jährlich mit dabei. Doch nicht allein die Menge macht den Abfall so problematisch - auch seine Qualität bereitet Sorgen. Denn er wird immer giftiger. Was also tun?

Zahlreiche Appelle haben den Bürger aktiviert - er sammelt Altpapier und Altglas, er versucht, Verpackungen einzusparen usw. In jüngster Zeit ist die Quecksilberbatterie ins Gerede gekommen. Sie wird als Knopfzelle in Uhren, Taschenrechnern, Photoapparaten und Hörgeräten verwendet. Geraten solche Batterien in den Müll, so gehen mit ihrem hohen Gehalt an Quecksilber u.a. nicht nur wertvolle Rohstoffe verloren. Diese Schwermetalle belasten auch die Abfallbeseitigung folgenswer: bei der Verbrennung geraten sie durch den Schornstein in die Luft und damit in den Naturkreislauf, bei der Kompostierung verderben sie den Kompost.

In dieser Situation ist ein erneuter Appell an die Bürger nötig: Auch Knopfbatterien müssen gesammelt werden. Nach einer freiwilligen Vereinbarung zwischen Innenministerium und Herstellern soll der Einzelhandel diese Batterien zurücknehmen und dem Hersteller wieder zuleiten. Aus welchen Gründen immer unterstützen nicht alle Einzelhändler diese Aktion. In Kronshagen haben sich die folgenden Firmen bereit erklärt, solche Batterien anzunehmen:

- Fa. Kulemann-Elektro GmbH, Volbehrstr. 36
- Fa. Meyer, Kieler Str. 92
- Fa. Begehr, Inh. Rud. Dibbern, Kieler Str. 62

Darüber hinaus hat sich die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zu einer landesweiten Sammelaktion entschlossen. Gebrauchte Batterien, auch die von Taschenlampen, jedoch keine Autobatterien, können im Verbraucherzentrum Kiel, Bergstr. 24, abgegeben werden. Bitte machen Sie von den angegebenen Möglichkeiten Gebrauch!

Helene Kupffer  
Vortragsdienst der  
Verbraucherzentrale



KEINE UFO'S - sondern stark vergrößerte Knopfbatterien!  
Im Original durchmessen sie nur ca. einen Zentimeter.

# Eine Katastrophenwoche für Kronshagen?

Eine Organisation führte bisher in unserer Gesellschaft ein wenig beachtetes Dasein. Dem sollte durch gezielte Information abgeholfen werden. Kronshagen zählte zu den 5 Gemeinden, die in einer Schwerpunktaktion über die Aufgaben des Selbstschutzes aufgeklärt werden sollten. Ich habe an 2 Veranstaltungen dieser Selbstschutzwoche teilgenommen. Zur Teilnahme an der ersten Veranstaltung fühlte ich mich als Gemeindevertreter verpflichtet, denn die Bürgervorsteherin und der Bürgermeister unserer Gemeinde hatten dazu eingeladen. Diese Veranstaltung fand im Anschluß an eine Gemeindevertreterversammlung statt.

Als Redner war kein Geringerer als der Innenminister dieses Landes, Herr Dr. Dr. Barschel, gewonnen worden. Der zweiten Veranstaltung, einem Podiumsgespräch im DRK-haus, galt mein persönliches Interesse.

Aber zunächst zur Veranstaltung im Sitzungssaal der Gemeindevertretung. Kein Parteienvertreter läßt sich die Gelegenheit entgehen, in einer öffentlichen Veranstaltung seine örtlichen Parteifreunde besonders zu begrüßen und ihre besonderen Verdienste hervorzuheben (davon will ich auch meine Parteiprominenz nicht ausnehmen). Aber was Herr Dr. Dr. Barschel in seiner 15-minütigen Vorrede - ich bitte um Entschuldigung - an Lobhudeleien seinen Zuhörern zumutete, war des Guten zuviel. Ich glaubte mich auf einer CDU-Veranstaltung.

Zum Thema wurde sehr laut, aber wenig informativ gesprochen. Lag es am Mikrophon? In der Gemeindevertretung wird sonst keines benutzt, und die politischen Kontrahenten verstehen einander trotzdem.

Daß Schweden und die Schweiz mehr für den Bevölkerungsschutz getan haben als die Bundesrepublik, scheint mir verständlich. Sie mußten in den vergangenen 100 Jahren keine Kriege führen und in deren Folge auch keine Einrichtungen, die dem Schutz der Bevölkerung dienten, zerstören. Ich will mir nicht anmaßen, zu beurteilen, ob ein ausreichender Schutz der Zivilbevölkerung die Kriegsgefahr mindert oder ob, im Gegenteil, die Hemmschwelle, einen Konflikt zu riskieren, herabgesetzt wird. Über den glaubhaften Selbstschutz, die Nachbarschaftshilfe bei Gefahren, wie sie uns täglich treffen können - Unwetter, Feuer, Schnee - war wenig zu hören.

Zum Glück gab es ein Schlußwort von Dr. Sahlender, Landesbeauftragter für den Selbstschutz und Gemeindevertreter in Kronshagen. Er fand die dem Thema angemessenen sachlich-nüchternen Worte: das Gemeinschaftsgefühl wieder zu beleben, sich mitverantwortlich zu fühlen und mit der Hilfeleistung nicht zu warten, in der Hoffnung ein anderer erbringt sie - das sind die erstrebenswerten Ziele.

So ging ich voller Erwartung in die nächste Veranstaltung, das Podiumsgespräch.

Für mich, der den letzten Krieg bewußt erlebt hat und die Bilder von Leid und Zerstörung nicht vergessen kann, ist das Thema Selbstschutz im Verteidigungsfall



negativ belastet. Ich habe trotzdem versucht, aus umfangreichen "Informationsschriften über den Selbstschutz", die alle Gemeindevertreter erhielten, ein paar vourteilsfreie Erkenntnisse zu gewinnen.

Für den Verteidigungsfall lese ich in einer Broschüre "Bleib wo du bist" oder in der NATO-Sprache "Stayput". Dieser Hinweis gilt aber nicht in dem nächsten Heft, denn dort wird über das Fluchtgepäck geschrieben. Es soll leicht sein und über längere Strecken transportierbar. Diese Regel kann man aber nicht einhalten, wenn man beachtet, was 2 Seiten weiter über die Kleidung bei Aufenthalt im Freien gesagt wird. Für deren Transport reicht ein Rucksack nicht mehr aus. Mir ist klar, daß das eine tendenziöse Verkürzung meinerseits ist.

Ähnliches läßt sich über verschiedene Fragen aus dem Teilnehmerkreis sagen. Kann man es jungen Menschen verübeln, wenn sie aus den widersprüchlichen Aussagen von Politikern die Glaubwürdigkeit dieser Politik insgesamt anzweifeln? Was soll man davon halten, wenn trotz Datenschutz das junge Mädchen erfaßt wird, das einen Schwesternhelferinnenkursus macht, aber über den Schutzraumbau von Privatbauherren keinerlei Aufzeichnungen vorliegen. Das erste wird mit ein paar Hundert Mark, das zweite mit bis zu 16.000 Mark aus Steuergeldern mitfinanziert.

Muß nicht menschliches - oder sage ich besser christliches - Denken einen schweren Schock erleiden, wenn man Verletzte einteilt wie zerbeulte Autos - reparierbar oder nicht reparierbar?

Wenn die Politiker glaubwürdig bleiben wollen, dürfen sie dieses Thema nicht allein den Verbandsvertretern überlassen. Der Selbstschutz hat in seinem großen Betätigungsfeld viele Bereiche, die ich unterstützen könnte. Aber ich habe zuviel Phantasie, um für den Kriegsfall noch einen glaubhaften Selbstschutz zu verkünden.

Theodor Sakmirda

## Herzlichen Glückwunsch!

Am 12. Juni begeht das Jugendrotkreuz Kronshagen sein 10-jähriges Bestehen. Der Leiterin des JRK, Gerda Naebert, dem Vorsitzenden des DRK Kronshagen, Udo Gidde und vor allem den Kindern und Jugendlichen, ohne die das Jugendrotkreuz nicht wäre, wünschen wir zum Jubiläum, zur Jubiläumsveranstaltung und für die weitere Arbeit alles Gute und viel Erfolg.

Dieter Reyher  
für den SPD Ortsverein Kronshagen

### Die SPD am Ort



"...die Ihr in den zurückliegenden Wahlkämpfen so tatkräftig mitgeholfen habt, unsere Kandidaten und Ziele durch die Übernahme größerer und kleinerer, aber immer wichtiger Aufgaben zu unterstützen..."

Mit diesen Worten lud die SPD Fraktion und der Ortsvereinsvorstand der SPD Kronshagen die ca. 60 Helfer des Kommunalwahlkampfes mit ihren Partnern/Ehehälften zu einem Wahlhelferfest ein.

Da gab es wohlgesetzte, aber ernstgemeinte Lobreden für treue Mitarbeit, den ersten Auftritt des Gitarrenduos Rudi Petersen/Cord-Erik Lubinski, Gedichte, Tanz, ein Spanferkelessen und mitten darin, die Gelegenheit nutzend, ein Laudatio für die ausgeschiedenen Fraktionsmitglieder Günter Widulle und Walter Mertins.

Man war sich einig, daß nach weiteren Anlässen für Feste und Feiern Ausschau gehalten werden sollte...

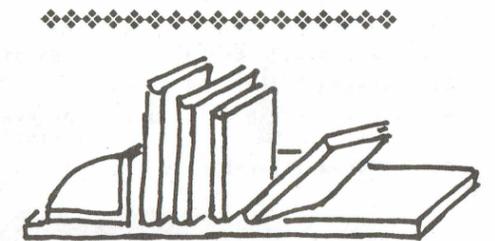


## Schulwegsicherung



So ist es vorbildlich, doch nicht alltäglich: Hier wurde die gute Gelegenheit genutzt beides zugleich zu bauen, den Kanal und den Radweg. Nur: Ein wenig schneller hätte es schon gehen können. Nicht nur im Interesse der Anlieger.

Hoffen wir, daß der Radweg "angenommen" wird und die Sicherheit bietet, die wir uns versprochen haben.



### Für Sie gelesen:

Aus "Wie demokratisch ist Kommunalpolitik? Gemeindeverwaltung zwischen Bürgerinteressen und Mauseiseln" - rororo aktuell Band 4124  
"... Wir haben herausgefunden, daß Informationen gehortet werden, daß mit Informationen gehandelt wird, daß Informationen monopolisiert werden. Wie Informationen zu Macht werden, demonstrieren eindrucksvoll jene Instanzen, die das Informationsmonopol haben. Das sind im öffentlichen Bereich nicht die gewählten Vertreter. Es ist die nicht gewählte Verwaltung. Im privatwirtschaftlichen Bereich sind es die Unternehmer. Private Unternehmer und öffentliche Verwaltung arbeiten in der Regel enger und besser zusammen als öffentliche Verwaltung und gewählte Vertreter.

Die wesentlichen Informationen werden nicht nur den Bürgern vorenthalten. Sie werden auch den gewählten Repräsentanten vorenthalten. Die Bürger und ihre Vertreter werden von der Verwaltung systematisch im unklaren gelassen. So kann die Verwaltung Interessen durchsetzen, die verdeckt bleiben sollen..."